

Haushaltsrede der CSB-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2023

20.12.2022



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich auch dieses Mal wieder bei allen herzlichst bedanken, die an diesem Entwurf mitgearbeitet haben. Dass diese Arbeit immer auch viel Zeit in Anspruch nimmt, die man in seine üblichen Tätigkeitsbereiche nicht einbringen kann, ist uns klar. Wir begrüßen aber die Möglichkeit durch dieses Zahlenwerk in der Gesamtheit nochmal politisch intensiv mit den einzelnen Posten, die uns über das Jahr begegnen, zu beschäftigen.

Ich habe vor kurzen mit einem Ehepaar gesprochen und stellte dabei fest, dass ich solche Gespräche immer häufiger führe. Wir sprachen über Gott und die Welt und stellten fest, dass uns immer mehr eine Angst vor der Zukunft umtreibt. Da ist die Angst vor weiteren Pandemien oder die Angst vor den Auswirkungen des schnell voranschreitenden Klimawandels, aber wir meinten noch etwas anderes. Es ist die Angst, vor den möglichen finanziellen Auswirkungen und damit auch sozialen Auswirkungen in der Zukunft. Die Inflation, die steigenden Preise, die Energiemangellage und die möglichen Lieferengpässe in der Wirtschaft und im Lebensmittelbereich machen den Menschen immer mehr Sorgen.

Das Gespräch hat bei mir nachgewirkt. Es geht noch vielen Menschen recht gut und sie können auf Reserven zurückgreifen.

Was ist aber mit all den Menschen, die nicht so gut gestellt sind? Wir hier im Ratssaal, die wir uns hier ehrenamtlich engagieren, mögen sagen: Das ist doch nur eine Minderheit von Menschen. Aber ich glaube da liegen wir falsch.

Die Tatsache, dass die Tafel von immer mehr Bürgern der Stadt in Anspruch genommen wird, zeigt, dass hier eine Veränderung stattgefunden hat.

Zusätzlich zu den Flüchtlingen und Arbeitslosen sind es:

- die Alleinerziehenden, die sich bemühen nicht in die Armut abzurutschen, nur weil ihre Beziehung zerbrochen ist.
- die Rentner, die vorher noch einigermaßen über die Runden gekommen sind, die aber die Mehrkosten, die das Alter mit sich bringt, unterschätzt haben und jetzt bei den Preissteigerungen nicht mehr klarkommen.
- die Menschen mit physischen oder psychischen Einschränkungen, die nicht in der Lage sind oder waren sich ein finanzielles Polster aufzubauen.
- die Bürger, die mit niedrigen Löhnen ihre Familien bisher noch einigermaßen durchgebracht haben, jetzt aber an ihre Grenzen kommen.

Es sind die Menschen, die wir vielleicht bisher noch nicht so auf dem Schirm hatten, da sie entweder nicht in unserem direkten Umfeld auftauchen oder sich einfach bewusst aus Scham bedeckt gehalten haben, oder weil sie eben keine Lobby haben.

Es betrifft ganz viele unterschiedliche Gruppen. Es geht nicht mehr so, wie früher. Der Wohlstand in Deutschland nimmt merklich ab.

Wir leben hier alle in einer Solidargemeinschaft. Wir alle wollen, dass nicht jeder für sich kämpft, sondern, dass die Gemeinschaft dafür sorgt, dass es Regeln gibt innerhalb derer jeder sein Glück erarbeiten kann. Solidarität bedeutet gegenseitige Unterstützung. Solidarität bedeutet aber nicht, alle bekommen alles (was verteilt wird). Solidarität bedeutet, die, die mehr haben, geben, für die, die weniger haben. Ich habe den Eindruck, dass dieses Prinzip von vielen nicht verstanden wird oder nicht verstanden werden soll.

Interessanterweise war ich auch hier mit dem Paar, mit dem ich gesprochen habe, einer Meinung. Wir haben alle den Eindruck gehabt, jeder hat Angst und macht sich Gedanken über die Zukunft, aber gleichzeitig sind wir auch dankbar dafür, nicht zu denen zu gehören, die als erstes von Existenznot betroffen sind. Wir waren uns einig: Es gilt jetzt, die wirklich Leidtragenden zu schützen und den anderen aufzuzeigen, dass sie es eigentlich gut haben, wenn sie noch keine Hilfe benötigen, wenn sie noch aus ihren eigenen Ressourcen klarkommen.

Diese Überlegung sollte unserer Meinung nach auch in unseren Beratungen bezüglich des Haushalts für SHS Ausdruck finden. Wenn private Haushalte den Gürtel enger schnallen müssen, dann sollte das auch die öffentliche Hand gelten. Wir geben hier das Geld der Bürger aus. Dafür tragen wir eine große Verantwortung. Das Geld, das wir einnehmen, sollte, mehr denn je, den Bürgern unserer Stadt direkt zukommen, wenn wir feststellen, dass es ihnen schlecht geht. Dafür sollten wir auf Projekte verzichten, die den Menschen nur indirekt Vorteile und Annehmlichkeiten bringen. Das tut weh, denn bisher haben wir die meisten Dinge für die Entwicklung unserer Stadt vorangebracht. Hier den Rotstift anzusetzen ist für keinen von uns einfach.

Zum Beispiel hat es im letzten Jahr eine Entscheidung gegeben, die für die Stadtkasse langfristig sehr große Ausgaben bedeutet. Ich spreche von der 1:1 Ausstattung der Schüler mit digitalen Endgeräten. Mit der Gießkanne jedem Schüler ein digitales Gerät zu geben ist eine falsche Entscheidung gewesen, die uns über die nächsten Jahre noch sehr schmerzen wird. Wir hätten uns tatsächlich eine differenziertere Betrachtung dieses Themas gewünscht. Es gibt Lösungen, die durchaus ökologisch und ökonomisch nachhaltiger sind. Natürlich ist die Digitalisierung auch im Bildungswesen unumgänglich und notwendig. Aber man kann das Geld hier auch besser durchdacht ausgeben. Vor allen Dingen, da es so jeden Stadthaushalt in Zukunft massiv belasten wird.

Mir ist klar, dass ich noch vor 3 Jahren gesagt habe, wir brauchen mehr Mut, auch mal unorthodoxe, aber zukunftsorientierte Dinge anzugehen. Ich habe dazu aufgerufen auch mal bei Projekten voran zu gehen, damit wir auch nach außen eine positive, zukunftsorientierte Stadt darstellen. Im Moment bin ich allerdings der Meinung, dass es an der Zeit ist, ein wenig langsamer zu treten und vorsichtiger zu planen.

Dabei möchte ich aber ausdrücklich die Maßnahmen für die Bekämpfung des Klimawandels differenzierter betrachten. Diese Maßnahmen lassen sich nicht auf die lange Bank schieben. Dass durch die Schwarz-Grüne Koalition in NRW jetzt auch in unserer Stadt Schwarz und Grün keine Erzfeinde mehr sind habe ich sehr begrüßt. Dass die CDU sich hingesezt hat und sich Gedanken zu verschiedenen Ideen zum Klima gemacht hat, ist mit Sicherheit auch ein Ergebnis aus dieser neuen Gemeinschaft. Inwieweit dieser daraus entstandene *Klimadeal* tatsächlich effektiv etwas bringt ist

diskutabel. Da sind einige Ideen drin, die schon lange beschlossen wurden oder zum täglichen Geschäft der Verwaltung gehören. Es gibt aber auch Vorschläge, die wir hier in der Kommune überhaupt nicht bestimmen können.

Die ersten daraus gezogenen Anträge der CDU sind eher bürokratischer und theoretischer Art. Praktischer Klimaschutz sieht schon anders aus. Da ist der Klimadeal doch bisher eher ein zahnloser Tiger. Aber das kann sich ja noch ändern. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Nichts desto trotz: SHS hat die goldene Auszeichnung des European Energie Award bekommen. Das ist tatsächlich ein Ergebnis jahrelanger Verbesserung der Klimaschutzbemühungen in unserer Stadt und natürlich auch ein Ergebnis aus der Arbeit der Verwaltung, und aller Fraktionen dieses Rates. Jetzt heißt es am Ball zu bleiben. Zum Beispiel sollten wir, so schnell wie möglich, fossile Brennstoffe bei der Herstellung von Energie im Ort reduzieren. Wir halten es auch für sinnvoll uns frühzeitig um Energiespeicherung zu kümmern. So können wir den Gold-Standard auch weiterhin halten.

Die CSB steht natürlich hinter den bisher angeschobenen Projekten. Wir haben dieses Jahr viele Entscheidung gemeinsam mit den anderen Fraktionen getragen und halten den Weg, den wir hier in der Politik gehen grundsätzlich für richtig. Uneinigkeit besteht häufig bezüglich der Vorgehensweisen oder auch der Argumente. Es liegt in der Natur der Dinge, dass es natürlich auch immer Entscheidungen gibt, die nicht von allen Fraktionen gleich gesehen werden. Das ist auch gut und richtig so. Nur durch die Diskussion kommen wir auf gute Ergebnisse. Diskussionen sind ein wichtiger Baustein der Demokratie.

Wir wollen die Investitionen hier in der Stadt nicht stoppen, aber vielleicht können wir ja die eine oder andere geplante Entwicklung unseres Ortes ein wenig langsamer angehen und langfristiger planen. Damit würden wir die Finanzen der Stadt nicht ganz so sehr strapazieren und unsere Rücklagen würden nicht so schnell schwinden.

Apropos Rücklagen: Unsere Rücklagen könnten über 10 Millionen Euro größer sein als jetzt, wenn wir das Angebot des Bundes angenommen hätten und unsere Gewerbesteuer auf 380 Punkte angehoben hätten. Wir halten es weiterhin für unverantwortlich, dass wir dieses Angebot nicht annehmen. Wir wissen, das Einzelunternehmen und Personengesellschaften, die den größten Teil unserer Unternehmen am Ort darstellen, die gezahlte Steuer in ihrer Einkommensteuererklärung vollständig anrechnen lassen können. Das, und die Tatsache, dass die Steuer ja auf die Gewinne berechnet werden, also keine Unternehmen unbotmäßig belasten, ist für uns ein klares JA zu einer moderaten Gewerbesteueranhebung.

Die CSB-Fraktion wird den Haushaltsplanentwurf, mit kleinen Einschränkungen, auch dieses Jahr mittragen.

Wir wünschen allen Bürgern von SHS noch einen schönen Jahresabschluss und vor allem gute Gesundheit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Britta Rusch
Fraktionsvorsitzende der CSB-FRAKTION